

Kleine Anfrage

der Abg. Dieter Hillebrand und Karl-Wilhelm Röhm CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Reutlingen

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind die Dienststellen der Polizei im Landkreis Reutlingen jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Reutlingen jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
4. Welche Bedienstete bzw. welche Gruppe der Bediensteten der Polizei im Landkreis Reutlingen müssen bzw. muss damit rechnen, dass ihre Stelle im Rahmen des sogenannten „Interessenbekundungsverfahrens“ eventuell mit einer anderen Person besetzt werden könnte?
5. Für welche der unter Frage 3 zu nennenden Bediensteten bzw. für welche Gruppe der Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?
6. Welche Personalmaßnahmen für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Reutlingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
7. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Reutlingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

8. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Reutlingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
9. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Reutlingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

23.01.2013

Hillebrand, Röhm CDU

Begründung

Die vom Innenminister vorgelegte Kostenberechnung bei der Polizeireform ist nicht transparent und nachvollziehbar. Mit dieser Kleinen Anfrage soll der Finanzierungsbedarf der Reform im Landkreis Reutlingen abgefragt werden.

Antwort

Mit Schreiben vom 18. Februar 2013 Nr. 3-112/47/55 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind die Dienststellen der Polizei im Landkreis Reutlingen jeweils untergebracht?*
2. *Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 1. und 2.:

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Reutlingen	Kaiserstraße 99	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Kaiserstraße 99 a	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Kaiserstraße 99 b	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Kaiserstraße 101	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Kaiserstraße 103	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Burgstraße 27	L	Polizeidirektion/ Polizeirevier	Regionalpräsidium Reutlingen, Polizeirevier
Reutlingen	Burgstraße 29	L	Polizeidirektion/ Polizeirevier	Polizeirevier

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Reutlingen	Urbanstraße 20	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Urbanstraße 22	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Bismarckstraße 62	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Reutlingen
Reutlingen	Hindenburgstraße 21	L	Polizeidirektion	Verkauf nach Freimachung
Reutlingen	Dresdner Platz 4/1	A	Polizeiposten	wie bisher
Reutlingen	Mühlstraße 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Pliezhausen	Marktplatz 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Trochtelfingen	Rathausplatz 3	A	Polizeiposten	wie bisher
Zwiefalten	Hauptstraße 23	A	Polizeiposten	wie bisher
Bad Urach	Münsinger Straße 1	L	Polizeiposten	wie bisher
Metzingen	Ulmer Straße 96	L	Polizeirevier	wie bisher
Pfullingen	Burgstraße 26+30	L	Polizeirevier	wie bisher
Engstingen	Bernlocher Straße 2	L	Polizeiposten	wie bisher
Münsingen	Karlstraße 2	L	Polizeirevier	wie bisher

*L: Landeseigen

A: Anmietung

3. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Reutlingen jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 3.:

Die Personalstärke der Polizeidirektion Reutlingen – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	603	541	62
Schutzpolizei	448	422	26
Kriminalpolizei	85	75	10
Nichtvollzug	70	44	26

4. Welche Bedienstete bzw. welche Gruppe der Bediensteten der Polizei im Landkreis Reutlingen müssen bzw. muss damit rechnen, dass ihre Stelle im Rahmen des sogenannten „Interessenbekundungsverfahrens“ eventuell mit einer anderen Person besetzt werden könnte?

Zu 4.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt, den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

5. Für welche der unter Frage 3 zu nennenden Bediensteten bzw. für welche Gruppe der Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

Zu 5.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Reutlingen geht derzeit bei rund 100 Beschäftigten der ehemaligen Polizeidirektion Reutlingen von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus aus. Die Abweichung zur Anzahl der in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigten Beschäftigten (Frage 6) resultiert aus der Fortentwicklung des Personalkonzepts.

6. Welche Personalmaßnahmen für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Reutlingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 6.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass im Landkreis Reutlingen voraussichtlich rund 110 Beschäftigte ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden. Aufgrund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

7. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Reutlingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 7.:

Nach den bisherigen Überlegungen, die jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig zu überarbeiten sind, wurden für den Landkreis Reutlingen voraussichtlich bauliche Investitionen in Höhe von rund 12 Mio. Euro in die Kostenkalkulation eingestellt.

8. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Reutlingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 8.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Landkreis Reutlingen rund 100 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrunde gelegt, wie sie z.B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

9. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Reutlingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

Zu 9.:

Bezogen auf den Landkreis Reutlingen belaufen sich die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen voraussichtlich auf rund 300.000 Euro. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung.

Gall

Innenminister